Medienkommentar

ARD-Programmbeschwerde wegen Nachrichtenunterdrückung zum Putsch in Brasilien

**Das Autorenteam Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer legte Ende Mai 2016 eine Programmbeschwerde gegen die ARD ein. In ihrer fundiert begründeten Beschwerde legten sie der ARD Nachrichtenunterdrückung im Zusammenhang mit dem Amtsenthebungsverfahren der Brasilianischen Präsidentin zur Last.**

Das Autorenteam Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer legte Ende Mai 2016 eine Programmbeschwerde gegen die ARD ein. In ihrer fundiert begründeten Beschwerde legten sie der ARD Nachrichtenunterdrückung im Zusammenhang mit dem Amtsenthebungsverfahren der Brasilianischen Präsidentin zur Last.

In ihrem Beschwerdeschreiben wiesen Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer darauf hin, dass am 23. Mai die meisten Medien in Lateinamerika Informationen darüber enthüllten, dass das laufende Amtsenthebungsverfahren gegen die Staatspräsidentin Dilma Rousseff, bei dem sie suspendiert wurde und ihre Geschäfte von einer Übergangsregierung übernommen wurden, kein formal einwandfreier politischer Vorgang sei. Es handle sich vielmehr um einen Putsch. Auch das brasilianische Public-TV TeleSUR und das brasilianische Internet-Portal Brasil 247 berichteten detailliert darüber. Demnach hätten korrupte brasilianische Politiker den Putsch insgeheim mit der Generalität sowie in Absprache und mit Unterstützung US-amerikanischer Regierungs- und Geheimdienststellen inszeniert. Darüber berichtete ARD-aktuell, so die Beschwerde, mit keinem Wort, obwohl dem brasilianischen Vorort-Studio der ARD genau diese Informationen ebenfalls hätten vorliegen müssen. Das Autorenteam zieht daraus den Rückschluss, dass sich hierin einmal mehr zeige, wie wenig die ARD frei, sondern US-konform sei.

Der Publizist Paul Schreyer schrieb über das deutsche Schweigekartell, dem neben ARD-aktuell auch das ZDF und die meisten Konzernmedien angehören:

„Dass der Machtwechsel, der sich Mitte des Monats in Brasilien ereignete, kein normaler politischer Prozess, sondern tatsächlich ein reaktionärer Putsch war, belegt ein in dieser Woche veröffentlichtes Protokoll eines im März heimlich aufgenommenen Gesprächs zwischen Romero Jucá, seit Mai Planungsminister der neuen konservativen Übergangsregierung, und einem Manager des Ölkonzerns Petrobras, aus dem die wirtschafts- und machtstrategischen Interessen der Putschisten eindeutig hervorgehen. Das vertrauliche Gespräch fand statt, bevor die gewählte Präsidentin des Landes, Dilma Rousseff, durch ein fragwürdiges juristisches Verfahren Mitte Mai vorläufig entmachtet wurde.“ Das Gesprächsprotokoll erschien in Auszügen zuerst Ende Mai 2016 in einer der größten Tageszeitungen Brasiliens Folha de S.Paulo.

Der in Brasilien lebende Investigativjournalist und Snowden-Vertraute Glenn Greenwald regte an, dass die Medien nun rasch überlegen müssten, ob man angesichts der vorliegenden Enthüllungen nicht klar von einem „Coup“, einem „Putsch“, sprechen müsse: „Diese Intrige sieht aus wie ein Coup, klingt wie ein Coup und riecht auch wie einer: die Kooperation des Militärs und der mächtigsten Institutionen zu sichern, um einen demokratisch gewählten Führer abzusetzen, aus Eigeninteresse, korrupten und gesetzlosen Motiven, um dann eine Oligarchen-Agenda durchzusetzen, welche die Bevölkerung verachtet.“

Der Publizist Paul Schreyer und das Autorenteam Volker Bräutigam und Friedhelm Klinkhammer kommen zu der Frage, was denn nun die deutschen Medien aus dieser Fülle an Enthüllungen machen? Schließlich habe ARD-aktuell laut Staatsvertrag dem Publikum einen „umfassenden Überblick über das Weltgeschehen“ zu geben. Die Programmbeschwerde schließt mit dem vielsagenden Vorschlag, dass der Chef von ARD-aktuell, Dr. Gniffke, Gelegenheit bekommen sollte zu erklären, weshalb ein Putsch im fünftgrößten Land der Erde, mit der achtgrößten Volkswirtschaft der Welt, aus seiner Sicht kein markanter Teil des Weltgeschehens ist und es deshalb keiner laufenden journalistischen Beobachtung und informativer Berichterstattung bedurfte.

Zum Schluss noch eine interessante Randnotiz aus der Programmbeschwerde:

Die offensichtlich unter US-Einflüssen stehenden brasilianischen Mainstream-Medien hatten zunächst die Zustimmungswerte der brasilianischen Bevölkerung zu ihrer Präsidentin auf 18% herunter publiziert. Trotz ihres anhaltenden medialen Dauerfeuers genieße Rousseff nun bereits wieder Zustimmungswerte bei 33%. Das beweise, dass die Revolutionäre es nicht schaffen, dem Land ihre Version der Dinge aufzudrücken.

**von hm.**

**Quellen:**

<http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=33561>
<http://www.heise.de/tp/artikel/48/48334/1.html>
<http://www.folha.uol.com.br/poder/2016/05/1774018-em-dialogos-gravados-juca-fala-em-pacto-para-deter-avanco-da-lava-jato.shtml>
<http://www.nytimes.com/2016/05/24/world/americas/brazil-dilma-rousseff-impeachment-petrobras.html?ref=americas&amp;amp;_r=1>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz:  Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.